



Ilse Aigner, MdL

ist Präsidentin des Bayerischen Landtags in München,
Vorstandsmitglied der Hanns-Seidel-Stiftung und
Bundesministerin a.D.

/// ... aber auch eine Gabe

Demokratie ist eine Aufgabe

Wenn einzelne Traktoren wie Anfang des Jahres 2020 auf einer Demonstration von heimischen Bauern in Nürnberg rechtsextreme Banner tragen, transportieren die Bilder eine verheerende Botschaft. Ausgerechnet ländliche Räume gelten oftmals als Rückzugsraum für rechtsextreme Agitatoren – suggeriert werden blinde Flecken, wo Radikalität unwidersprochen bleibt.

Keine Vorverurteilung der ländlichen Region

Die hiesigen Veranstalter haben sich sofort distanziert, für Bayern stellen solche Berichte eine absolute Ausnahme dar. Eine Vorverurteilung der ländlichen Regionen ist fehl am Platze, sind doch gerade sie Schwerpunkt vorbildlichen zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements. Auf dem Land sind die Bindekräfte intakter als anderswo. Heimat ist Lebens-, aber eben auch Sozial- und Kulturraum. Netzwerke von Vereinen und Verbänden oder auch in der Nachbarschaft sind dichter geknüpft und bieten Halt. Zusammenhalt wird dort in der Regel großgeschrieben.

Zugleich stellen wir fest, dass sich unsere Streit- und Debattenkultur vielerorts verändert hat. Der Ton ist rauer geworden. Der Umgang miteinander verroht, der gegenseitige Respekt verliert an Stellenwert. Die Empörungspirale dreht sich in immer neue Höhen. Die so genannten „sozialen Netzwerke“ bieten jeder noch so unqualifizierten Meinung, die oft im Schutze der Anonymität geäußert wird, eine Plattform und erschreckend viele schließen sich an. Sie folgen der zugespitzten Meinung, erkennen darin Meinungsführerschaft. Das hat Widerspruch verdient – mit allen Mitteln des Rechtsstaates,

Die ländlichen Regionen sind Vorbild für ehrenamtliches Engagement.

wenn der Boden unserer freiheitlichen Grundordnung verlassen wird, und mit der Kraft des Arguments, wenn wir uns tatsächlich noch im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegen. Unsere Demokratie ist wehrhaft.

Mit Sorge betrachte ich, dass Errungenschaften unserer Demokratie zurzeit gerne verächtlich gemacht werden: Der Austausch von Argumenten, dem Gegenüber zuzuhören, ihn ernst zu nehmen und abzuwägen sind Kulturtechniken, die wir nicht abwickeln, sondern sorgsam pflegen sollten. Der Kompromiss ist das Lebenselixier unseres politischen Systems. Das setzt voraus, auf der Suche nach Lösungen für politische Probleme nicht nur die eine Seite zu sehen, sondern möglichst das ganze Bild. Die Antwort auf eine polarisierte Gesellschaft kann nur im Zusammenführen liegen. Ich plädiere deshalb für Maß und Mitte. Und dass wir uns hier nicht missverstehen: Damit ist nicht eine Politik der ruhigen Hand gemeint, im Gegenteil.

Populismus löst keine Probleme

Populismus greift Stimmungen auf und dient nicht zur Wahrheitsfindung.

Der Populismus arbeitet dagegen mit Mitteln der rücksichtslosen Vereinfachung und ohne den Willen zur Entschärfung von Konflikten. Populismus löst keine Probleme. Insofern hilft er in keiner Weise weiter. Er bedient Vorurteile, indem er Stimmungen aufgreift und übersteigert. Er zielt auf Reflexe, die dem Denkprozess ein Stoppsignal setzen. Die Emotionalisierung mag auch mal Teil üblicher parteipolitischer Auseinandersetzung sein – aber Entscheidendes kommt im Populismus hinzu: Am Ende sollten sich alle die Frage nach der Wahrheit stellen. Stimmt es oder stimmt es nicht, womit Stimmung gemacht wird?

Was es hier braucht, ist vor allem Bildung und Persönlichkeit. Ob nun in der Stadt oder auf dem Land – wenn wir die Widerstandsfähigkeit gegen Angriffe auf unser politisches System und unsere demokratische Kultur stärken wollen, müssen wir das Bewusstsein in dieser Hinsicht schärfen. Wer gelernt hat, gegenüber Pauschalurteilen vorsichtig zu sein, wer zur Skepsis angehalten wird gegenüber Scharfmachern, wer sich selbst nicht über andere erhöht – der erteilt Populisten wie Radikalen eine deutliche Absage.

Ein Patentrezept gegen Politikverdrossenheit ist das freilich nicht. Die etablierte Politik muss die Sorgen der Menschen tatsächlich ernst nehmen – und viel wichtiger noch: Sie muss die politischen Probleme lösen. Dabei wäre man – frei nach Franz Josef Strauß – gut beraten, zu sagen, was man denkt, und zu tun, was man sagt. Glaubwürdigkeit ist die Schlüsselgröße einer funktionierenden Demokratie. Parteien sollten im Hinblick auf den Willen

der Bevölkerung dazulernen können, zugleich aber auch den Mut und die Kraft haben, gegen Widerstände mit ihren Konzepten zu überzeugen. Wer nur auf der gerade aktuellen Welle der Empörung surft, wird schnell von ihr überrollt.

Fazit

Das Coronavirus hat nun über Monate die Agenda dominiert. Überzeugte Demokraten unterschiedlicher Couleur haben in Bund und Ländern Verantwortung übernommen: Sie haben dem Schutz des Lebens höchste Priorität zugeordnet und wirtschaftlich gigantische Rettungsschirme gespannt. Sie haben glaubwürdiges Handeln gegen dumpfe Stimmungsmache gesetzt. Und sie erfahren Zustimmung.

Möglich war das auch, weil wir eine Dekade des Wachstums im Rücken haben. Der Staat hatte Jahr für Jahr wachsende Einnahmen zu verzeichnen, kann auf niedrige Zinsen dank hoher Bonität bauen. Zugleich haben wir heute das größte Sozialbudget in der Geschichte unseres Landes. Ludwig Erhard hat die Soziale Marktwirtschaft auch als Gesellschaftsordnung verstanden: Teilhabe verhindert Spaltung und Radikalisierung.

Zudem brauchen wir Abgeordnete, die Einsatz und Gespür zusammenbringen im Hinblick auf die Wahrnehmung in der Bevölkerung. Die Gestalt der Wahl- und Stimmkreise zählt dabei zu den wesentlichen Rahmenbedingungen: Die Nähe zum Wähler ist nicht zuletzt eine rechnerische Größe. Auch in der Fläche muss der Kontakt zum Bürger noch möglich sein, so dass seinen Anliegen Rechnung getragen werden kann.

Wo Populisten und Radikale in diesen Tagen Grenzen überschreiten, verlangt es nach einem klaren Standpunkt. Bedrohungen von Politikern, unabhängig von Ebene und Couleur, haben einen Aufschrei verdient. Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, muss sich auf den Schutz des Staates, aber auch unser aller Schutz verlassen können. Was an politischer Entgleisung – egal, ob auf der Straße, am Stammtisch oder im Verein – zur Sprache kommt, darf nicht schweigend geduldet werden. Zieht man sich in einen Neo-Biedermeier zurück, lässt man unsere Demokratie fallen. Demokratie ist und bleibt eine Aufgabe, die Tag für Tag neu gestaltet werden will. Sie ist es wert!

Überzeugte Demokraten setzen glaubwürdiges Handeln gegen dumpfe Stimmungsmache.

///